

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 59 (1967)
Heft: 11

Artikel: Das kommunistische Polen : 11 Jahre nach dem Oktober
Autor: Bergmann, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354304>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 11 - NOVEMBER 1967 - 59. JAHRGANG



Das kommunistische Polen — 11 Jahre nach dem Oktober

Von Theodor Bergmann¹

Polens bisherige Nachkriegsentwicklung wird durch die Oktoberrevolution von 1956 in zwei gleichlange Hälften von je elf Jahren geteilt. Noch elf Jahre nach dieser Gesundungskrise wird das Jahr 1956 von den Kommunisten und Nichtkommunisten als *die* Zäsur der wirtschaftlichen politischen Entwicklung empfunden, an die die meisten Vergleiche und Beurteilungen anknüpfen.

Polen erstand nach dem zweiten Weltkrieg in einer neuen geographischen Form und Lage, um einige hundert Kilometer nach Westen verschoben; Warschau ist nicht mehr räumlicher Mittelpunkt des Landes. Die Erbschaft des Krieges war schwerer als für irgendein Land Europas:

Verwüstung der Städte und Dörfer durch Kriegshandlungen.
Totale Zerstörung einiger Großstädte, wie Warschau, Bialystok, Breslau, Danzig.
Menschenverluste, umfangreiche Bevölkerungsverschiebungen.
Starker Zuwachs durch hohe Geburtenraten.
Wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit.

¹ Aus: «Gewerkschaftliche Monatshefte», DGB, Heft 6, Juni 1967.

Die Bevölkerungsentwicklung

Durch Krieg, Besetzung und Konzentrationslager wurde Polens Bevölkerung stark vermindert; ein weiterer Verlust trat ein durch die Abgabe fremder Nationalitäten. 1946 war daher die Einwohnerzahl auf 24 Millionen gesunken gegen 34,8 Millionen vor Kriegsbeginn 1938. Durch Repatriierung und vor allem durch einen hohen Geburtenüberschuß in den ersten zehn Nachkriegsjahren vermehrte sich die Bevölkerung sehr schnell und erreichte 1960 die 30-Millionengrenze. Die Prognose rechnet für 1975 mit 37,7 Millionen Polen (siehe *Tabelle 1*).

Interessant ist auch die Veränderung des Geburtenüberschusses. Dieser betrug 1936–1938 11,2 Promille, 1950 19,1 Promille, erreichte 1953 und 1955 das Maximum von 19,5 Promille, um dann bis 1964 sukzessive wieder auf 10,5 Promille abzusinken.

In der ersten Nachkriegsperiode erreichte er demnach zeitweise fast 2 Prozent im Jahr. Dann aber begann er sich schnell zu normalisieren. Besonders hoch war der Geburtenüberschuß anfangs in den neuen Siedlungsgebieten – bis zu 33 Promille in der Woiwodschaft Köslin. Auch 1964 war diese Zahl wesentlich höher als der Landesdurchschnitt, aber doch gegenüber 1950 halbiert.

Wiederaufbau mit harten Methoden

Zu den materiellen Schwierigkeiten kam der starke sowjetische Einfluß als Folge des Gewichtes der Roten Armee bei der Befreiung Polens von der Hitlerschen Besetzung. Zwar hatte es auch in Polen verschiedene Widerstands- und Partisanengruppen gegeben², aber ihre militärischen Erfolge waren gering im Vergleich zu denen der sowjetischen Armeen. In den internen polnischen Debatten über die Methoden des wirtschaftlichen und politischen Aufbaus nach 1945 siegten die «Harten», die die sowjetischen Berater auf ihrer Seite hatten. *Wladislaw Gomulka* wurde 1949 als Sekretär der Regierungspartei (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) abgesetzt und drei Jahre inhaftiert. Zahlreiche seiner politischen Freunde teilten sein Schicksal. Aus der Haft dem Zentralkomitee vorgeführt, lehnte er Schuldbekennnis und Reueerklärung ab³. Jedoch waren die polnischen Stalinisten so selbständig und selbstbewußt, daß sie die Säuberungsprozesse immer wieder bis zu *Stalins Tod* 1953 hinauszögerten und damit schließlich verhinderten. In anderen kommunistischen Ländern Osteuropas trugen gerade diese Prozesse zwischen

² Die drei wichtigsten Gruppen waren die kommunistischen Partisanen, bei denen Gomulka politisch führend war, die Nationalarmee unter Bor-Komorowski und die links-sozialistischen jüdischen Kampfgruppen. Die drei Gruppen kämpften im wesentlichen ohne Kontakte untereinander und ohne gemeinsamen Plan, weil auch mit verschiedenen politischen Zielen.

³ Siehe Bronska-Pampuch «Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung» (5).

1949 und 1953 zur Verschärfung der politischen Krise bei und liquidierten jene selbständigen Kommunisten, die später in Polen die Krise überwandten. In der Wirtschaft bedeutete der Sieg der Harten schnelle und rücksichtslose Industrialisierung mit Priorität für Grundstoff- und Schwerindustrie. Dabei wurde die Kooperation mit der Sowjetwirtschaft eindeutig bevorzugt, oft ohne Rücksicht auf Rentabilität⁴. So entzündete sich zum Beispiel viel polnische Kritik am metallurgischen Kombinat Nowa Huta bei Krakau, dessen Roherze von Krivoj Rog über einige tausend Kilometer per Eisenbahn herangebracht werden müssen. Die Lieferungen an die Sowjetunion wurden vorrangig erledigt.

Tabelle 1: *Entwicklung der Bevölkerung (in 1000)*

<i>Jahresende</i>	<i>Landwirtschaft</i>	<i>nicht Landwirtschaft</i>
1931 32 107	19 134,3 = 60%	12 781,5 = 40%
1938 34 849		
1946 23 930 (14.2.)		
1950 25 035	11 597,5 = 47%	13 016,2 = 53%
1960 29 893	11 281,1 = 38%	18 124,6 = 62%
1964 31 339		
1965 32 550		
1970 34 952		
1975 37 716		

Quellen: Rocznik (19)*. Concise statcal yearbook (17).

* Die Zahlen in Klammern verweisen auf das Literaturverzeichnis am Schluß dieses Aufsatzes.

Die Produktionsmittelversorgung der Landwirtschaft wurde vernachlässigt, ebenso die Konsumgüterindustrie und damit der Lebensstandard der Bevölkerung. In der Agrarpolitik wurde die Strukturveränderung vorangetrieben; aber die Kollektivierung war nicht begleitet von der Lieferung neuer Landmaschinen.

Dennoch kann die erste Hälfte der Nachkriegszeit nicht nur negativ beurteilt werden. Manche Leistungen sind auch von Kritikern anerkannt, und vielleicht bilden diese in gewissem Maße die Grundlage, auf der nach 1956 weitergebaut wurde. – Es gelang, nach der großen

⁴ Bei internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind natürlich Rentabilitätsrechnungen und Forderungen nach gerechter Preisfestsetzung fragwürdig und schwierig. Bei dem Wirtschaftsaustausch zwischen kommunistischen Staaten entfiel bisher auch der – allerdings sehr umstrittene – Maßstab der Weltmarktpreise. Darauf kann jedoch hier nicht näher eingegangen werden.

Völkerwanderung im zerstörten Nachkriegspolen die Menschen wieder selbsthaft zu machen, die zurückgekehrten Zwangsarbeiter aus Hitlerdeutschland, die Konzentrationslagerhäftlinge, die Umsiedler aus den an die Sowjetunion abgegebenen Gebieten, die Partisanen der verschiedenen Gruppen. Für die anfangs schnell wachsende Bevölkerung wurden genügend Schulen und Hochschulen geschaffen. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit (1921 = 34,6 Prozent, 1931 = 22,6 Prozent) gab es 1960 nur noch 2,7 Prozent Analphabeten, von denen 84 Prozent über 50 Jahre alt waren. Alle Kinder können und müssen eine gegliederte achtjährige Volksschule besuchen.

Die Zahl der Studenten ist schnell gestiegen, und die Arbeiter- und Bauernkinder sind gut unter ihnen vertreten. So waren zum Beispiel 1964/65 49,7 Prozent Kinder von Intellektuellen, 26 Prozent von Arbeitern, 17,7 Prozent von Bauern. Bei den externen und Fernstudenten war die soziale Repräsentation der Arbeiter und Bauern noch höher. Der Start zur wirtschaftlichen Entwicklung, der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat war erfolgreich. 1939 waren noch 62 Prozent in der Landwirtschaft tätig gewesen, 1960 dagegen nur 38 Prozent. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft war aber während dieser Zeit gering, wie *Frenkel* im Vergleich mit östlichen und westlichen Ländern nachweist (6).

In der sozialistischen Industrie arbeiteten von den 8 228 000 Beschäftigten im Jahre 1964 3 473 000; im Bauwesen 852 000; im Verkehr 774 000; im Handel 775 000; in den städtischen Diensten 260 000; in Erziehung, Wissenschaft und Kultur 565 000; Gesundheitspflege 371 000; in der öffentlichen Verwaltung und Justiz 258 000; in Finanz- und Versicherungsinstitutionen 68 000; in der Landwirtschaft 455 000; in den Forsten 178 000. Zu diesen Beschäftigtenzahlen in den staatlich oder genossenschaftlich geführten Unternehmen kommt die relativ geringe Zahl der in Privatbetrieben von Industrie, Handel und Handwerk Arbeitenden, und die große Zahl der in der privaten Landwirtschaft Tätigen.

Das dramatische Jahr 1956

Trotz den materiellen Aufbauleistungen staute sich eine Unzufriedenheit breiter Massen auf. Die unangepaßte Übernahme sowjetischer Methoden, die Mißachtung oder Zurückstellung der Bedürfnisse der Bevölkerung provozierten zur passiven Resistenz. Der katholische Klerus förderte diese Stimmung bei den konservativen Bauern, zumal die Kirche in dieser Zeit gewissen Beschränkungen unterworfen war. Die selbstbewußte Staats- und Wirtschaftsbürokratie sah nur ihre Planaufgaben und die Erfolgszahlen, hatte aber den Kontakt mit den Massen verloren. Auch die Organe und Organisationen, die die Wünsche und Forderungen der Regierten zu formulieren hatten, waren so in ihrer Tätigkeit eingeengt, daß sie ihre

gesellschaftspolitische Funktion nicht ausüben konnten. Die Entstalinisierung in der SU, insbesondere der 20. Parteitag der KPSU, bestärkte die Opposition in Polen. Man sah die eigene Kritik bestätigt und erkannte, daß die politische Situation im Ostblock einer größeren inneren und äußeren Selbständigkeit günstig war.

Streiks und Demonstrationen in Großbetrieben zwangen Partei und Regierung zur Überprüfung ihrer Politik und zum radikalen Kurswechsel. In den dramatischen Oktobertagen versuchte die sowjetische Führung noch ein letztesmal durch persönliche Intervention in Warschau, den Kurswechsel zu bremsen oder in diesen einzugreifen. Die polnischen Kommunisten und Sozialdemokraten behaupteten hier uneingeschränkt ihr Selbstbestimmungsrecht und erzwangen dessen volle Anerkennung. Gomulka und seine politischen Freunde wurden rehabilitiert und übernahmen die wichtigsten politischen Funktionen. Vor dem Zentralkomitee kritisierte Gomulka offen die bisherigen politischen und wirtschaftlichen Fehler und richtete seine Kritik gegen die Regierenden, nicht gegen die Regierten. Nicht USA-Agenten hätten die Demonstrationen initiiert, sondern die Massen der Arbeitenden, von denen sich die Arbeiterpartei zu weit isoliert habe. Damit war der proletarische Charakter des Widerstandes anerkannt und die Brücke der Verständigung zu den Demonstranten geschlagen. Dazu bedurfte es des historischen Verständnisses, der Verbindung zu den Massen und des Mutes gegenüber einer selbstgefälligen Bürokratie.

Die wichtigsten Maßnahmen im Oktober 1956 waren:

1. Ende der Kollektivierungskampagne, effektive Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zu den Produktionsgenossenschaften.
2. Umstellung der Wirtschaftsplanung, stärkere direkte und indirekte Förderung der Agrar- und der Konsumgüterproduktion.
3. Auflösung des Geheimdienstes.
4. Anerkennung der spontan gebildeten Arbeiterräte, des Streikrechts, Bildung der Arbeiterselbstverwaltung.
5. Neuordnung der Beziehungen zur Sowjetunion, sofortiger Abzug aller sowjetischen Berater, neue Bestimmungen für die sowjetischen Truppen im Lande, deren Bewegungen vom polnischen Verteidigungsministerium zu genehmigen sind.
6. Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, Lockerung der Beschränkungen, völlige Freiheit der Religionsausübung.

Ausbau der Industrie

Manche Maßnahmen wurden sehr schnell voll wirksam, so die unter 1., 3., 4., 5. und 6. genannten. Dagegen mußte es länger dauern, bis der Konsument den Effekt der neuen Wirtschaftspolitik vor Augen

sah und dank höherer Löhne auch mehr kaufen konnte. Im zeitlichen Abstand betrachtet, ist jedoch die gründliche Änderung der Wirtschaftspolitik auf allen Gebieten deutlich. Stark gefördert wurde und wird die chemische Industrie, die in jeder Hinsicht einen Wachstumssektor darstellt. Sie hilft der landwirtschaftlichen Produktion (Dünger, Pflanzenschutzmittel) und der Konsumgüterindustrie durch die synthetischen Rohstoffe und deren Weiterverarbeitung⁵. Zum Teil basiert sie auf eigenen Rohstoffen bzw. Energiequellen, zum Teil auf sowjetischen Lieferungen (bei den neuen petrochemischen Kombinat). Ferner sind einige große Zementwerke und Zellulosekombinate im Bau (bei Chelm und bei Bydgoszcz). Die Textil- und Schuhindustrie wurde modernisiert und rationalisiert. Die mechanische Industrie und der Schiffsbau wurden stark ausgebaut und arbeiten heute mit mehreren anderen Ländern zusammen. So bestehen Kooperationsabkommen zwischen der tschechoslowakischen und polnischen Traktorindustrie, mit französischen und ostdeutschen Betrieben. Auf dem Maschinenmarkt der Bundesrepublik dürfte man kaum polnische Fabrikate finden. Aber in vielen Entwicklungsländern ist die polnische Industrie durchaus erfolgreich⁶. Mit westeuropäischem Maßstab gemessen, ist die Produktion von Personenwagen bisher sehr gering. Noch ist von den Wirtschaftspolitikern der Startschuß für eine erhöhte Produktion von Privatautos nicht gegeben worden.

Insgesamt wurde die polnische Industrieproduktion vielseitiger und größer, und Außenhandelsbeziehungen wurden mit vielen Ländern geknüpft, so daß die einseitige Bindung an die SU allmählich abgebaut werden konnte. – Einige ausgewählte Produktionszahlen sind in *Tabelle 2* zusammengefaßt. Allgemein ist die industrielle Erzeugung durch den Krieg schwer geschädigt worden, hat aber inzwischen bei allen Produkten den Vorkriegsstand wesentlich überschritten. Die Produktionssteigerung nach 1956 ist bei vielen Industrieerzeugnissen des Konsumgütersektors besonders markant.

Allerdings hat Polen durch die neue Grenzziehung im Osten auch einige Rohstoffquellen verloren, so u. a. die Erdölfelder bei Drohobycz, was sich in einer dauerhaften Senkung der Erdölproduktion auswirkte. In den neuen polnischen Westgebieten wurden dagegen Erz- und Kohlenlagerstätten dazugewonnen, die in den letzten Jahren stark ausgebaut wurden. Wertvolle Kupfererzlagerstätten wurden erst nach dem Kriege festgestellt und ein intensiver Abbau begonnen.

Schon seit Jahren wird die Planung lockerer und moderner durchgeführt. Nur noch wenige Kennziffern werden den einzelnen Direk-

⁵ Das 1966 eingeweihte Ammoniakwerk in Pulawy, südöstlich Warschau, soll das größte in Europa werden.

⁶ So werden – um nur einige beobachtete Beispiele zu erwähnen – in Indien polnische Getreidesilos mit allem technischen Zubehör aufgebaut; Traktoren werden nach Indien, Mähdrrescher und Traktoren nach Venezuela geliefert.

Tabelle 2: *Ausgewählte Produktionsdaten der polnischen Industrie*

Produkt	Einheit	1938	1946	1956	1963	1964
Elektrische Energie	Mia kWh	4,0	5,8	19,5	37,0	40,6
Steinkohle	Mio t	38,1	47,3	95,1	113	117
Braunkohle	Mio t	0,01	1,5	6,2	15,3	20,3
Petroleum	1000 t	141	17,4	—	305	385
Eisenerz	1000 t	872	396	1802	2609	2680
Rohstahl	1000 t	1441	1219	5014	8004	8572
Walzwerk- erzeugnisse	1000 t	1074	767	3307	5457	5708
Zink- und Bleierz	1000 t	498	628	2231	2556	2597
Kupfererz	1000 t	—	—	1208	2162	2247
Metallbearbeitungs- maschinen	1000 t	1,7	2,5	29,4	45,9	47,7
Radiogeräte	1000 St.	142	—	499	487	514
Fernsehgeräte	1000 St.	—	—	2,2	365	413
Kühlschränke	1000 St.	—	—	6,1	120	186
Personenautos	1000 St.	1,9	—	5,8	18,3	20,6
Lastwagen	1000 St.	1,8	—	10,8	26,8	26,7
Autobusse	Stück	—	—	643	3388	3514
Traktoren	1000 St.	—	—	8,5	17,0	19,2
Motorräder	1000 St.	0,8	—	45,5	150	148
Seeschiffe	1000 dwt	—	0,02	120	298	297
Stickstoffdünger (Reinnährstoff)	1000 t	42,9	35,1	175	330	359
Phosphatdünger (Reinnährstoff)	1000 t	43,0	27,8	124	270	316
Zement	1000 t	1719	1399	4035	7674	8761
Papier	1000 t	205	148	397	587	625

Quelle: Rocznik statystyczny 1964 (19). Concise statistical yearbook (17).

toren staatlicher Unternehmen vorgeschrieben, die im allgemeinen nicht als drückend oder die Dispositionen einengend empfunden werden. Bei Nichterfüllung der Planaufgaben erledigt sich die Angelegenheit mit einer sachlichen Begründung, und kein Verantwortlicher fürchtet administrative Maßnahmen. Die großen Investitionen wichtiger Unternehmen müssen noch genehmigt werden; einige knappe Großmaschinen werden noch zugeteilt⁷. Früher als in anderen

⁷ Direktoren großer Betriebe und Kombinate erklärten dem Verfasser 1966, sie würden auch in kapitalistischen Ländern nicht unabhängiger disponieren oder in der Betriebsleitung Besseres leisten können.

osteuropäischen Staaten wurden ökonomische Verfahren, Hilfsmittel und Analysen herangezogen, um die Planung zu verfeinern und zu differenzieren⁸.

Außer in der Landwirtschaft, wo der private Sektor überwiegt, gibt es private Unternehmen vor allem in Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Aus *Tabelle 3* sind die Zahlen zu entnehmen. Die neue Wirtschaftspolitik nach 1956 wird hier besonders deutlich. Die privaten Handwerksbetriebe nahmen in einem Jahr um 36 Prozent zu, die bei diesen tätigen Lohnarbeiter um 77 Prozent. Bis 1963 haben dann die Beschäftigten weiter zugenommen, während die Zahl der Betriebe fast konstant blieb. Im Detailhandel war die Blüte des privaten Unternehmertums kürzer, während die nach 1956 gegründeten Betriebe für Dienstleistungen und Personentransport beständiger sind.

Tabelle 3: Privatbetriebe in Handwerk, Handel und Dienstleistungen

<i>Handwerk</i>	1950	1956	1957	1963
Betriebe	93 884	96 652	131 737	132 447
Beschäftigte	158 950	141 314	209 495	277 938
davon Eigentümer	97 848	97 562	134 075	133 992
Familienmitglieder	8 048	4 699	5 965	10 028
Lohnarbeiter	53 054	39 053	69 455	83 918
 <i>Unternehmen in Handel und Dienstleistungen</i>	 1955	 1956	 1957	 1963
Detailhandel	14 059	15 150	25 330	15 606
Gastronomische Betriebe	479	755	2 233	793
Hotels und Pensionen	94	92	105	142
Dienstleistungsbetriebe	3 224	3 141	4 140	5 770
Gütertransport	2 359	7 597	7 892	5 673
Fuhrleute (Kutscher)	2 028	2 202	2 352	2 325
Personentransport	6 531	6 542	8 347	12 146
Großhandel	39	24	128	75

Quelle: Rocznik statystyczny (19). Concise statistical yearbook (17).

Agrarpolitik ohne Kollektivierung

In Agrarstruktur und Agrarpolitik unterscheidet sich der polnische Kommunismus am schärfsten von den übrigen kommunistischen Staaten – Jugoslawien und Kuba ausgenommen. Die 3,6 Millionen

⁸ Oskar Lange, führender polnischer Nationalökonom, gilt als einer der Begründer der Ökonometrie. Als Wirtschaftsplaner und Hochschullehrer hat er seit 1956 wesentlich dazu beigetragen, der Ökonometrie volle Geltung zu verschaffen.

Bauernbetriebe verfügen über 86 Prozent der Nutzfläche und wirtschaften fast so frei wie in jedem kapitalistischen Land. Von 1950 bis 1960 hat die Zahl der Betriebe um 400 000 zugenommen. Der Versuch der Kollektivierung war entgegen den Warnungen Gomulkas 1949 begonnen worden. Bis Oktober 1956 waren 10 800 Produktionsgenossenschaften gebildet, die zusammen 191 600 Familien und nur 9,6 Prozent der Nutzfläche umfaßten (vgl. *Tabelle 4*). Die Kampagne wurde zwar von der Vereinigten Arbeiterpartei betrieben, aber keineswegs mit der Härte, die von 1929 bis 1934 zur restlosen Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft geführt hatte. Dauer und Ergebnis der Kampagne in Polen beweisen das.

Tabelle 4: Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Jahresende	Anzahl	landwirtsch. Nutzfläche ha	Mitglieder- familien in 1000	ha land- wirtschaft- liche Nutzfläche je Genossenschaft	Familien
1949	243	41 700	6,1	171	25
1950	2 199	190 300	60,4	212	27
1955	9 790	1 866 900	188,5	193	19
1956 (30.9.)	10 510	260 100	191,6	187	18
1956 (31.12.)	1 534	—	—	—	—
1957 (31.3.)	1 752	210 600	26,4	146	15
1960	2 072	228 000	22,4	110	11
1964	1 291	227 200	21,1	153	16

Quellen: Rocznik statystyczny (19). Concise statistical yearbook (17).

Die ökonomisch-rationale Motivation, die sich für die Sowjetunion erkennen läßt, entfällt größtenteils für Polen. In der SU verfolgte die Kollektivierung vor allem folgende politische und wirtschaftliche Ziele:

1. Die amorphen Bauernmassen zu organisieren.
2. Die Abwanderung der Überzähligen zu erleichtern, die die Industrien, Städte und Schulen bauen.
3. Die Grundlebensmittel zu erfassen, um die schnell wachsende nichtagrarische Bevölkerung zu ernähren.
4. Knappe industrielle Produktionsmittel (Traktoren, Mähdrescher) optimal zu nutzen.
5. Fachliche Beratung und Anbauplanung der Landwirtschaft effektiver zu gestalten.
6. Die Naturalien zu niedrigen Preisen zu erfassen, damit Kapital aus der Landwirtschaft für den Industriebau zu mobilisieren und zu übertragen.

Die Industrialisierung Polens konnte und mußte langsamer durchgeführt werden als in der Sowjetunion, außerdem waren genügend Arbeitskräfte vorhanden. Das Fehlen aller modernen Produktionsmittel, Abneigung gegen die Übertragung sowjetischer Methoden und traditionelle Haltung, die sicher vom katholischen Klerus gestärkt wurde, veranlaßten die Bauern zum Widerstand.

Eine der ersten Maßnahmen des wieder zum Parteisekretär gewählten Gomulka war, die völlige Freizügigkeit der Bauern wiederherzustellen. In drei Monaten lösten sich über 9000 der 10 800 Produktionsgenossenschaften auf. Es blieben jene Genossenschaften bestehen, in denen Landarbeiter große Güter übernommen oder in denen Umsiedler sich in ungewohnter neuer Umgebung zusammengeschlossen hatten. Die rund 1300 Vollgenossenschaften, die weiter bestehen, sich modernisiert haben und nun auch erfolgreich wirtschaften, können als Maßstab dafür dienen, wieviel und wo freiwilliges Interesse der Genossenschaftsbauern gegeben ist. Für diese Landarbeiter und Umsiedler war und ist die Produktionsgenossenschaft sozialer Aufstieg vom besitzlosen und rechtlosen Lohnarbeiter zum mitbesitzenden und mitentscheidenden Genossen. Für die Kleinbauern dagegen war der Beitritt eine soziale Nivellierung gewesen und hatte ihren Entscheidungsbereich eingeengt.

Neben den 6200 modernen Staatsgütern wirtschaften gegenwärtig die 3,6 Millionen Bauernbetriebe, die je nach Gebiet und Bodengüte höchstens 50 bzw. 100 ha Nutzfläche haben oder erwerben dürfen. Im Durchschnitt verfügen sie über 4,8 ha⁹. Diese Fläche wäre auch in reichen hochindustrialisierten Ländern zu klein, um die moderne Technologie voll anzuwenden. Die Förderung dieser vielen kleinen und Zwergbetriebe und ihre Integration in den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß ist eine schwierige und noch ungelöste Aufgabe.

Die Hilfsmittel des biologisch-technischen Fortschritts – wie Dünger, Saatgut, Pflanzenschutzchemikalien, Zuchttiere – lassen sich relativ rationell auch in kleinen Teilmengen anwenden, obwohl die dafür notwendigen Kenntnisse nur langsam allen 3,6 Millionen Kleinbauern übermittelt werden können. Die Wirtschaftspolitik mit ihrem gesamten Instrumentarium wurde daher darauf ausgerichtet, diese Produktionsmittel in großen Mengen und billig allen Landwirten zur Verfügung zu stellen. So wird zum Beispiel – wie bereits erwähnt – die Düngerproduktion vorrangig ausgebaut, ebenso die Produktion von Baustoffen und vorgefertigten Bauteilen für die Landwirtschaft. Besondere Kredite für die Modernisierung der bäuerlichen Gebäude werden gewährt. – Der mechanisch-technische Fortschritt läßt sich dagegen rationell in den Kleinstbetrieben nicht anwenden. Daher

⁹ In der Bundesrepublik betrug 1966 die Nutzfläche je Betrieb 9,10 ha (Grüner Bericht 1967, [18]).

ist zwar jeder Bauer theoretisch frei, Traktoren und ähnliche große Landmaschinen zu kaufen. Praktisch werden jedoch die knappen Maschinen zuerst den Staatsgütern und den rund 31 000 Bauernzirkeln (Stand 1964) zum Kauf angeboten und von diesen auch erworben. Die Zirkel, die übrigens auf eine hundertjährige Tradition zurückblicken und seit 1957 wieder offiziell gefördert werden, führen die Maschinenarbeiten für die Bauern gegen Gebühr aus.

Die Pflichtablieferungen zu festgesetzten Preisen wurden systematisch abgebaut und betragen 1964 von allem staatlich aufgekauften Getreide 47 Prozent, von den Kartoffeln 35, vom Schlachtvieh 27 Prozent. Die restlichen Mengen dieser Produkte und alle übrigen Agrarerzeugnisse wurden von den Produzenten frei verkauft, zum Teil natürlich auch im Liefervertrag an Zucker- und Konservenfabriken.

Auch nach dem Ende der Kollektivierung 1956 gab es gewisse Versorgungsschwierigkeiten und einen Verkaufswiderstand der freien Produzenten. Nicht alle Probleme der Agrarproduktion sind demnach von der Kollektivierung allein bedingt; offenbar hängen sie auch mit der Umstellung von Agrar- zum Industriestaat zusammen. Dabei wächst die kaufkräftige Nachfrage der industriellen Bevölkerung schnell, während die Warenlieferungen aufs Dorf nur allmählich beginnen. Die Bauern sind daher nur zögernd bereit, die in den Städten nachgefragten Lebensmittel zu liefern. Die Regierung griff zu großen Lebensmittelimporten als Notmaßnahme. Jetzt hat sie sich für eine allseitige Förderung der Kleinproduzenten entschieden.

Rekollektivierung?

Manche Agrarpolitiker – besonders in der Bundesrepublik – sind überzeugt, daß früher oder später die polnischen Kommunisten erneut zur Kollektivierung schreiten werden. Diese Frage ist über die Fachkreise hinaus von Interesse, weil sie vielleicht Motivationen kommunistischer Strukturpolitik deutlich werden läßt. – *Raupach* (15) erkennt die ökonomischen und geographischen Faktoren an, die in der SU eine Zusammenfassung der Millionen Kleinbauern in genossenschaftlichen Großbetrieben nahelegten¹⁰. Andere dagegen meinen, die Abschaffung des selbständigen Bauerntums sei ein unumstößliches kommunistisches Dogma, weshalb dessen Ende vorauszusehen sei, siehe *Schiller* (16) und *Bakonyi* (1). Die bisher bekannten Tatsachen stützen die These von der zwangsläufigen Rekollektivierung nicht. Wäre diese auch nur insgeheim beabsichtigt, würde man nicht die Modernisierung der Bauernhöfe fördern oder die Produktion von 340 000 Traktoren mittlerer Stärke bis 1980 planen¹¹. In der seit

¹⁰ Ebenso auch Preobraschensky (14), Baran (2), Jasny (9) u. a.

¹¹ So Okuniewski (12). Misiuna (11) zitiert die Planungskommission; danach soll der Traktorenbestand von 110 000 im Jahre 1964 auf 564 000 im Jahre 1980 steigen, also um 454 000. Meist sollen es mittelstarke Typen von weniger als 20 PS sein.

Jahren öffentlich geführten Grundsatzdebatte nehmen kommunistische und bürgerliche Fachleute freimütig Stellung. Kaum einer befürwortet einen neuen Kollektivierungsversuch. Die Vereinigte Arbeiterpartei hat sich bisher nicht geäußert, sondern läßt der Diskussion freien Lauf¹². Der Kommunist Gomulka ist in der Öffentlichkeit, besonders bei den Bauern, dafür bekannt, daß er – wie bereits dargelegt – schon 1949 die Kollektivierung ablehnte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Gomulka einen mißglückten Versuch wiederholt, der zu einer schweren Krise der kommunistischen Regierung beigetragen hatte.

Ist die These richtig, daß der großen und schnellen Veränderung der sowjetrussischen Agrarstruktur rationale Überlegungen zugrunde lagen, so kann gefolgert werden, daß Polen aus eigenem Antrieb dem sowjetischen Modell nicht folgen wird, weil andere Daten für die Wirtschaftspolitik maßgebend sind. Die polnische Agrarpolitik ist – wie die vieler Industrieländer – noch auf der Suche nach der optimalen Agrarstruktur. Es wird demnach auch in Zukunft mindestens zwei verschiedene Wege kommunistischer Agrarpolitik geben – mit oder ohne Kollektivierung¹³. Vielleicht wird man in Polen und Jugoslawien die Struktur durch wirtschaftliche und technologische Anreize zu modernisieren suchen.

Doppelfunktion der Gewerkschaften

Von den 8,1 Millionen Beschäftigten des Jahres 1963 waren 6,972 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, davon ein Drittel Frauen und zwei Drittel Männer. Etwa 85 Prozent der Beschäftigten sind demnach organisiert. Die 22 Industrieverbände sind in einem Zentralrat zusammengeschlossen. Seit 1955 ist die Mitgliederzahl um 2,1 Millionen gestiegen, vor allem aber hat sich das Schwergewicht gewerkschaftlicher Tätigkeit verschoben.

In kommunistischen Staaten haben Gewerkschaften eine Doppelfunktion. Sie müssen die Hunderttausende neuer Industriearbeiter zur Disziplin der Fabrik erziehen, ihnen ihre soziale Funktion bewußt machen und den Zusammenhang zwischen Produktion und Ver-

¹² Mieszcankowski faßt die Diskussionen wie folgt zusammen: «Die polnische Diskussion von 1956–1959 unterzog Stalins Konzept über die Umformung des flachen Landes einer weitgehenden Kritik und zeigte, daß sie ernste Irrtümer enthielt. Lenins Konzept beinhaltet im Grundprinzip: Die Entwicklung der Produktion, begleitet von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, führt schrittweise zur sozialistischen Umgestaltung des flachen Landes bei voller Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit und bei ständiger Steigerung der Agrarproduktion. – Eine allgemeine Ueberprüfung der Erkenntnisse der marxistischen Ideologie hinsichtlich der Sozialisierung der Landwirtschaft besagt, daß es kein universelles Schema der Sozialisierung geben kann. Das Hauptprinzip kann man wohl formulieren, aber Mechanismus und Formen müssen in verschiedenen praktischen und theoretischen Varianten erscheinen...» (10).

¹³ Der Verfasser hat auf Grund seiner Beobachtungen in Polen 1958 und 1966 die These vertreten, daß die zukünftige Agrarstruktur Polens noch nicht festgelegt und ein zweiter Kollektivierungsversuch wenig wahrscheinlich sei (3, 4).

gütung erklären; andererseits müssen sie ihre Mitglieder gegen eine Staats- und Wirtschaftsbürokratie verteidigen, die vor allem ihre Planzahlen und erst in zweiter Linie die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen sieht. Die beiden Teilfunktionen sind antinomisch, aber zugleich unauflöslich miteinander verknüpft.

Vernachlässigen die Gewerkschaften die Wünsche der Mitglieder, stauen sich Unzufriedenheit und materielle Sorgen, und am Ende wird der Aufbau selbst gebremst. Beachten die Gewerkschaften dagegen die volkswirtschaftlichen Belange nicht, können sie die allgemeine Standarderhöhung untergraben und damit das langfristige Interesse der Mitglieder gefährden. Zwischen diesen beiden Extremen, zwischen Mitgliederbedürfnissen und Staatsräson hindurch, muß die Gewerkschaft ihren Weg mit Verständnis und Kenntnissen suchen.

Bei den Lohnverhandlungen ist es notwendig, die wichtigsten Zahlen des eigenen Wirtschaftszweiges zu kennen. In vielen Sektoren wird die Lohnerhöhung mit der Produktionssteigerung verknüpft. Der allgemeine Rahmen der nationalen Lohnabkommen wird dann in den einzelnen Unternehmen nochmals modifiziert und aufgebessert.

Das Streikrecht ist in keinem Gesetz verankert, aber es wurde in den Unruhen 1956 erkämpft und ist seitdem öffentlich anerkannt. Gomulka hat dieses Recht der Arbeiter am ersten Gewerkschaftskongreß nach seiner zweiten Investitur ausdrücklich bestätigt. Streiks werden seither nicht mehr verschwiegen, sondern als deutlicher Hinweis für Gewerkschaftsführung und Wirtschaftspolitik aufgefaßt, Mißstände zu korrigieren.

Neben den Gewerkschaften, von allen Beschäftigten gewählt, bestehen die Arbeiterräte. 1963 hatten 8549 Arbeiterräte 93 700 Mitglieder. Diese Organisationen entstanden 1956 und befassen sich mit allen betrieblichen Fragen und Ereignissen von Produktion und Einstufung der Beschäftigten bis zur Arbeitsdisziplin und den hygienischen Einrichtungen. Sie kontrollieren die Jahresbilanzen und die Tätigkeitsberichte der Direktoren, sprechen bei Investitionen mit. Sie werden gehört bei Ernennung und Abberufung des Direktors und beeinflussen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Aufteilung der Betriebsfonds¹⁴. Zusammen mit betrieblicher Gewerkschaftsgruppe und Parteiorganisation bilden sie die Organe der Arbeiterselbstverwaltung. Deren Funktionen entsprechen ungefähr der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung innerhalb der Unternehmungen.

Zwischen Nationalismus und Internationalismus

Polens Arbeiterbewegung hat eine lange und tragische Geschichte. Sie hat bedeutende Beiträge zur Internationale geleistet und gewaltige Opfer bringen müssen. Der militärische Führer der Pariser Kommune

¹⁴ Vergleiche Poralla (13).

von 1871 war ein Pole. An den russischen Revolutionen 1905 und 1917, an der politischen Gestaltung der deutschen Sozialdemokratie und der Erziehung ihrer Funktionäre, am Kampf gegen den ersten Weltkrieg waren polnische Sozialisten aktiv und führend beteiligt. Es war eine Zeit, in der in den Gewerkschaften und Arbeiterparteien Europas der Internationalismus hochgehalten wurde und jeder Sozialist überall mitarbeiten konnte. Damals forderte der Russe *Lenin* die volle Unabhängigkeit Polens von Rußland, während die Polin *Rosa Luxemburg* für den Anschluß Polens an ein eventuelles revolutionäres Rußland eintrat.

Aber die nationale Unselbständigkeit förderte andererseits nationalistische Strömungen. Aus der polnischen Sozialdemokratie ging auch *Pilsudski* hervor, der Ende der zwanziger Jahre eine halbfaschistische Militärdiktatur errichtete und alle Arbeiterorganisationen brutal unterdrückte. Ein großer Teil der gefährdeten polnischen Kommunisten wählte die Emigration in die SU, andere gingen in den Untergrund oder füllten die Gefängnisse. In den Debatten um die kommunistische Politik behaupteten die polnischen Emigranten in Moskau eine sehr kritische Position und traten noch 1934 offen gegen Stalin auf. In den großen Säuberungen zwischen 1936 und 1938 wurden die führenden Köpfe der polnischen Emigration liquidiert. Während der deutschen Besetzung wurden die in Polen gebliebenen Sozialisten aller Richtungen schärfsten Verfolgungen ausgesetzt, schärferen noch als das polnische Volk im allgemeinen. In den vielen Konzentrationslagern in Polen und in einigen in Hitlerdeutschland sind ungezählte polnische Arbeiterfunktionäre bekämpft und stark dezimiert, die jüdischen Sozialisten mit wenigen Ausnahmen völlig ausgelöscht worden; nur kleine Gruppen behaupteten sich und gelangten endlich nach Palästina¹⁵. Die Erfahrungen der Hitler-epoche führten viele polnische Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Es ist kein Zufall, daß zur Führungsgruppe um Gomulka auch Sozialdemokraten gehören. Daher auch nannte sich die in Polen im Januar 1940 illegal gegründete Organisation «Polnische Vereinigte Arbeiterpartei».

Nach 1945 wurde nicht zugelassen, daß die polnische revolutionäre Bewegung ihre Geschichte erforschte und dokumentierte. Sie war von *Stalin* und *Molotow* zur Geschichtslosigkeit verurteilt und mußte damit bei vielen Polen noch mehr als Werkzeug einer ausländischen Macht erscheinen, während gerade eine objektive Geschichtsforschung die Eigenständigkeit und Größe der polnischen Bewegung bewiesen hätte. So aber führte die sowjetische Dominanz zur weiteren Schwächung des Ansehens der polnischen Sozialisten beim eigenen Volk. Diese absonderliche Abart des Internationalismus brachte als Reaktion eine verstärkte Betonung nationaler Gesichtspunkte hervor.

¹⁵ Über die Kämpfe in Warschau vgl. u. a. Hersey (8) und Goldstein (9).

1956 endlich wurde die selbständige Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung wieder aufgenommen. Die Opfer der Stalin-Ära wurden rehabilitiert, die große Tradition erforscht, beschrieben und dokumentiert. Übergriffe der «Sicherheitsorgane» vor 1956 wurden gerichtlich verfolgt, bestraft und öffentlich dargestellt. Die polnischen Sozialisten und Kommunisten vertreten heute die nationalen Interessen ihres Volkes auch gegenüber der Sowjetunion. Die Beteuerungen ewiger Freundschaft sind sachlichen Verhandlungen gewichen, in denen die Interessen beider Seiten gegeneinander abgewogen werden und ein gemeinsames Vorgehen besprochen wird. So haben sich die Beziehungen Polens zur Sowjetunion versachlicht. Anders als bis 1939 wird das Bündnis mit den übrigen kommunistischen Staaten heute auch von den meisten Nichtsozialisten akzeptiert.

Die außenpolitische Orientierung

Polens außenpolitische Beziehungen waren sehr wechselvoll. Die sozialen Präferenzen der herrschenden Klasse haben sie zwischen den zwei Weltkriegen entscheidend mitbestimmt. 1919, nach der vom deutschen Kaiserreich mitgeschaffenen «Unabhängigkeit», gliederte sich das Bürgertum sehr bald in den Cordon sanitaire gegen die Sowjetunion ein. Die Bindungen an Frankreich wurden damit verstärkt, lockerten sich aber mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland, den zahlreiche polnische Generäle und Politiker stark bewunderten. Die alles überragende Feindschaft gegen die russische Revolution und das Zusammenspiel mit Hitlerdeutschland erleichterte dessen außenpolitische Erfolge, auch gegen die Tschechoslowakei, verhinderte ein Defensivabkommen der Sowjetunion mit den Westmächten im Frühjahr 1939 und beschleunigte am Ende das traurige Schicksal des polnischen Volkes.

Durch die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges hat sich Polens geographische und strategische Lage völlig verändert¹⁶. Das Land liegt innerhalb des kommunistischen «Staatenblocks», der seinen Monolithismus immer mehr verliert, nicht zuletzt dank der Selbständigkeit Polens. Die alten Grenzstreitigkeiten mit dem russischen Nachbarn, deren Ursache die polnische Minderheit östlich von Bug und Narew war, sind durch die Umsiedlung nach 1945 radikal gelöst worden. Als historische Wiedergutmachung wurden an der Potsdamer Konferenz Polen die neuen Westgebiete zugesprochen, zu denen auch neue Gebiete im Norden gehören. Die drei Siegermächte faßten diesen Beschluß ohne Anhörung der polnischen Vertreter und beschlossen gleichzeitig, die in diesen Gebieten noch wohnenden Deutschen seien umgehend nach Westdeutschland auszusiedeln –

¹⁶ Das Staatsterritorium wurde von 388 600 auf 311 700 km² reduziert. Allerdings lebten in Vorkriegspolen große nationale Minderheiten, während Polen heute ein Nationalstaat ist.

sofern sie nicht schon von den Hitlerschen Truppen beim Rückzug mitgenommen worden waren. Nur Träumer oder politisch Blinde können behaupten, die Aussiedlung von zehn bis zwölf Millionen Menschen sei als vorläufige Maßnahme gedacht gewesen, die im Friedensvertrag rückgängig gemacht werden sollte. Keine der Siegermächte ließ sich bei dieser Entscheidung von Gedanken des proletarischen Internationalismus leiten. Sich auf Gerechtigkeit und Völkerversöhnung zu berufen, steht allerdings jenen schlecht an, die die Hitlerschen Maßnahmen billigten, solange er siegreich zu sein schien. Die «neue» Situation Polens, die nun schon 22 Jahre besteht, wird von allen Polen akzeptiert, welcher Weltanschauung sie auch angehören. Das ist einer der wenigen Hauptpunkte, in denen selbst der hohe katholische Klerus vorbehaltlos mit den Sozialisten einig ist.

In den 22 Jahren haben sich die neuen Westgebiete verändert. Die zerstörten Städte sind wiederaufgebaut und zählen zum großen Teil mehr Einwohner als vor dem Kriege. Neue Industrien wurden errichtet und neue Industrieregionen geschaffen. Schulen und Hochschulen wurden erneuert und ausgebaut. Manche polnische Bauern sind 1945 wieder auf ihre Betriebe zurückgekehrt, aus denen sie unter Hitler als nicht eindeutschungsfähig ausgesiedelt oder verschleppt worden waren, um deutschen Wehrbauern Platz zu machen. Es wird heute oft übersehen, daß trotz intensiver Germanisierung ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in Ost- und Westpreußen und in Schlesien eindeutig slawisch war. Auf der verbrannten Erde haben sie neu angefangen, gepflügt, Häuser gebaut, Tiere aufgezogen und die Ställe mit ihnen gefüllt. In den 22 Jahren sind dort Kinder geboren und groß geworden, die jetzt die Schulen und Universitäten besuchen. Niemand in Polen erwägt eine Änderung dieser Verhältnisse. Nicht mehr historische Ansprüche, auf die manche Historiker hinweisen könnten, zählen, sondern allein die normative Kraft des Faktischen.

Man registriert in Polen sorgfältig die verschiedenen Stimmen in der Bundesrepublik, solche, die Frieden und Verständigung fordern, wie auch jene anderen, die die Folgen des Hitlerreiches nicht erkennen und anerkennen wollen. Alteingesessene oder Neuangesiedelte, alle sind stolz auf ihre Arbeit und deren Ergebnisse. Sie meinen, auch die Flüchtlinge in Westdeutschland müßten den Wunsch nach Ruhe und Frieden haben, und sie hoffen auf den Sieg der Vernunft auch in der Bundesrepublik.

Literaturverzeichnis

(1) Bakonyi, E.: Sind jetzt Polens Bauern an der Reihe? «Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft», Jg. 81, H. 34, Frankfurt/Main 1966.

(2) Baran, Paul A.: The political economy of growth, New York 1962.

- (3) Bergmann, Theodor: Agricultural co-operation in Poland – the new system. «Yearbook of agricultural co-operation», London 1960.
- (4) Bergmann, Theodor: Agricultural co-operation in Poland. «Yearbook of agricultural co-operation», London 1967.
- (5) Bronska-Pampuch, Wanda: Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung, Köln 1958.
- (6) Frenkel, Izaslaw: Dynamics of employment in Polish agriculture in 1950–1960 in the light of international comparisons. «Zagadnienia Ekonomiki Rolnej» 1, pp. 11–34, Warschau 1966.
- (7) Goldstein, Bernard: Die Sterne sind Zeugen. Frankfurt/Main 1949.
- (8) Hersey, John: Die Mauer, Zürich 1951.
- (9) Jasny, Naum: The socialized agriculture of the USSR, Stanford 1949.
- (10) Mieszczankowski, Mieczyslaw: An Outline of the history of agriculture's socialization. «Zagadnienia Ekonomiki Rolnej»; Warschau 1962, 6, pp. 23–38, and 1963, 1, pp. 15–34.
- (11) Misiuna, Wladyslaw: Basic problems of development of agriculture until 1980. «Socialist development of the village – a discussion», pp. 60–82, Warschau 1964.
- (12) Okuniewski, Jozef: Technical revolution in agriculture and tendencies of its development. «Zagadnienia Ekonomik Rolnej», Warschau 1963, 1, pp. 3–13.
- (13) Poralla, Kurt: Polen in Angleichung an das sowjetische Wirtschaftssystem. «Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China», Berlin 1961.
- (14) Preobrazhensky, E.: The new economics, Oxford 1965 (erste Ausgabe Moskau 1926).
- (15) Raupach, Hans: Die Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft «Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China», Berlin 1961.
- (16) Schiller, Otto: Die Problematik der jugoslawischen Agrarpolitik. «Berichte über Landwirtschaft», Vol. XXXII, Hamburg 1954, pp. 461–474.
- (17) Concise statistical yearbook of the Polish people's republic, Warschau 1965.
- (18) Grüner Bericht der Bundesregierung, Bonn 1967.
- (19) Rocznik Statystyczny 1964, herausgegeben vom Statistischen Zentralamt, Warschau 1964.